

Geld spielt keine Rolle

Von Michael Weiss

Bei der Zentralisierung der Informatik an den Gymnasien wird geklotzt, nicht gekleckert. Geld spielt dabei scheinbar keine Rolle. Die Meinung der Kollegien zum Projekt auch nicht. Dieser Artikel bietet einen Blick auf einen Prozess, der auf viele Schulen erst noch zukommen wird.

Verpasste Chance in der Vergangenheit

Ende der 90er Jahre, als der Begriff «Internet» langsam alle Volksschichten zu durchdringen begann, der Computer zum alltäglichen Arbeitsinstrument und die E-Mail zum bevorzugten Mittel der Fernkommunikation wurden, als eine Homepage für eine Schule vom Nice-to-have zum Must-have mutierte und man damit anfang, das World Wide Web auch für sinnvolle Tätigkeiten zu nutzen, wäre der ideale Zeitpunkt gewesen, die Versorgung der Schulen mit Netzwerken und Serverdiensten zentral zu organisieren.

Natürlich ist man hinterher immer schlauer, aber zur damaligen Zeit wurden entsprechende Netzwerke und Dienste tatsächlich bereits installiert, jedoch lediglich für Schulleitungen und Sekretariate. Dass eine Lehrkraft eine dienstliche E-Mail-Adresse und einen zentralen Datenspeicherplatz benötigt, dass vielleicht sogar für Schülerinnen und Schüler E-Mail-Adressen ausgegeben werden sollten, war der Bildungsdirektion lange Zeit keinen Gedanken wert. Zwar existiert seit 2002 eine Informatik-Verordnung des Kantons, aber wozu sollte man Lehrkräften denn Informatikdienste zur Verfügung stellen?

Selbst ist die Schule

Es versteht sich von allein, dass die Schulen das Heft des Handelns selbst in die Hand nahmen. Mit geringen finanziellen und noch geringeren personellen Ressourcen entstanden an allen fünf Gymnasien – und von denen wird im Folgenden exemplarisch die Rede sein – äusserst unterschiedliche Lösungen, die aber alle sehr genau auf die Bedürfnisse der einzelnen Schulen abgestimmt waren. Vielfach waren Lehrkräfte massgeblich am Aufbau dieser Informatikstrukturen mitbeteiligt. So entstanden Applikationen zum Eintragen und Verwalten der Prüfungsnoten, Programme zur Organisation der Maturarbeiten, der Ergänzungsfächer, Wahlkurse und Freifächer, zur Bestellung von Software über die Schule, zur Evaluation des Unterrichts, zur Organisation der Kinderbetreuung während der Schilftage usw.

Viele Programme waren hochintegriert: Sie konnten via personalisierte Anmeldung über das Web bedient werden, sie verschickten automatisch E-Mails an die Beteiligten bestimmter Prozesse und griffen dabei auf ein zentrales Datenregister zurück. Die Gymnasien wurden in ihrer operativen Funktionstüchtigkeit von diesen Programmen abhängig. Neue Möglichkeiten weckten neue Bedürfnisse, neue Bedürfnisse wurden – nicht selten im Rahmen des Berufsauftrags oder einer bescheidenen Stundenentlastung – befriedigt, und die Abhängigkeit stieg weiter an.

Dass BKSD und Kantonsinformatik in diesen höchst kreativen, aber eben überall unterschiedlich verlaufenden Prozess nicht eingriffen, gereichte vorderhand keiner Schule zum Schaden. Den Schulleitungen wurde es aber irgendwann doch mulmig beim Gedanken daran, dass ein Verkehrsunfall oder eine unerwartete Kündigung

einer mit der Informatik betrauten Lehrkraft dazu führen könnte, dass sämtliches Know-how über den Aufbau und die Wartung der schuleigenen EDV schlagartig verloren ginge und man dadurch von einem Tag auf den anderen in die informationstechnologische Steinzeit zurückversetzt würde.

Kein noch so bewährter Stein bleibt auf dem anderen

Am Ende dieses mulmigen Gefühls stand der Beschluss, dass die Informatik-Verordnung auch an den Gymnasien umzusetzen sei. Zur Pilotschule wurde das Gymnasium Münchenstein auserkoren. Geld spielte keine Rolle. Also setzte man zunächst einen externen Projektleiter ein. Dieser kam, sprach und fragte, erhielt Auskunft über das, was an den einzelnen Schulen bereits existierte, zeigte Verständnis, und versprach, keine bis dato vorhandene Dienstleistung würde nicht auch in Zukunft weiter angeboten. All dies fand sich später in einem dicken Bericht zum Nachlesen, der aber leider den Eindruck hinterliess, an den Gymnasien würden im Bereich Informatik vor allem Kraut und Rüben angebaut, sprich die hohe Integration der bestehenden Applikationen, bei denen der Ausbau eines einzelnen Rädchens schlimmstenfalls zum Stillstand der gesamten Maschine führt, wurde aus dem Bericht nicht ersichtlich.

Es mag an diesem Bericht gelegen haben, dass der interne Projektleiter, der erst später ins Geschehen eingriff und das Zepter übernahm, überhaupt kein Interesse daran zeigte, sich anzuhören, welche Rädchen man nicht ausbauen kann, ohne grosse Teile der gesamten Maschine lahmzulegen. Wer statt einer fein surrenden Maschine nur einen grossen Garten Unkraut vor sich sieht, benutzt natürlich gröbere Werkzeuge.

Zudem zeigte sich sehr bald, dass projektintern bereits ganz klare Vorstellungen darüber existierten, wie eine Informatikumgebung an einem Gymnasium auszusehen habe, so dass über die Erfüllung wesentlicher Anliegen der Pilotschule gar nicht debattiert wurde. E-Mail-Konten für Schülerinnen und Schüler, bislang eine Selbstverständlichkeit, wurden diskussionslos gestrichen. Die Kommunikation mit der Schülerschaft könne ja auch über deren private E-Mail-Adressen laufen, hiess es. Man forderte daher die Schülerinnen und Schüler dazu auf, von sich aus ihre privaten E-Mail-Adressen im Outlook-Adressbuch zu hinterlegen, was einige natürlich bis heute nicht gemacht haben.

Hintergrund dieses Vorgehens war nicht etwa das Geld, denn selbiges spielte ja, wie bereits mehrfach erwähnt, augenscheinlich keine Rolle, sondern ein Regierungsratsentscheid, der es den Schulen inskünftig untersagte, eigene E-Mail-Endungen wie z.B. «@gymmuennenstein.ch» zu verwenden. Corporate Identity an den Schulen ist offensichtlich unerwünscht, die Gute Schule Baselland der Zukunft hört einheitlich auf «vorname.nachname@sbl.ch». Klar, dass in einem solchen Regime für eine fünfstellige Zahl von Schülerinnen und Schülern kein Platz ist. Der Wunsch vieler Lehrkräfte, Schul-E-Mails auf private E-Mail-Konten weiterleiten zu können, um sie auch auf mobilen Geräten lesen zu können, wurde ebenfalls kategorisch abgelehnt. Die Feststellung, dass das nicht der Richtlinie entspreche, musste als Begründung genügen.

Alles neu macht der Mai

Wer dann dem munteren Treiben zusah, das ab etwa Mitte Mai diesen Jahres im genannten Pilotgymnasium einsetzte, rieb sich manches Mal verwundert die Augen: Sämtliche PCs,

auch solche, die erst wenige Wochen zuvor angeschafft worden waren, wurden durch identische Geräte ersetzt, denn anders sei die Umstellung nicht möglich. Einmal mehr drängte sich der Eindruck auf, Geld spiele keine Rolle.

Sicherlich sind gewisse Formen des zentralisierten Managements tatsächlich nur mit einheitlichen Geräten möglich. Was aber passiert, wenn eines dieser Geräte einmal aussteigen und dieser Typ PC zum betreffenden Zeitpunkt nicht mehr erhältlich sein sollte? Wird man dann alle anderen Geräte ebenfalls austauschen müssen, um wieder einen einheitlichen Park zu haben? Oder ersetzt man den ausgestiegenen PC einfach nicht, bis die nächste Gesamterneuerung ansteht? Der erste Präzedenzfall dieser Art ist bereits Tatsache geworden.

Da neben den Arbeitsplatzrechnern auch der gesamte bestehende Serverpark ersetzt wurde, muss davon ausgegangen werden, dass allein die Hardwarebeschaffungen pro Schulhaus mit 20 000 bis 30 000 Fr. zu Buche schlagen. Die Anschaffung von schulhausweiten Lizenzen teurer Software wie «Photoshop» oder «Mathematica», die bislang nur an ausgewählten Arbeitsplätzen installiert war, kann ebenso wenig als Sparmassnahme angesehen werden. Aber Geld spielt ja in diesem Falle keine Rolle.

Sicherheit wird im neuen System mehr als gross geschrieben. Würde man eine Schule als Ganzes so absichern, wie die frisch aufgerüsteten Informatikanlagen abgesichert wurden, müsste man alle Fenster neu mit Panzerglas austatten, an sämtlichen Eingängen bewaffnetes Wachpersonal, Metalldektoren und Röntgengeräte für Schulsäcke aufstellen und den Eintritt ins Schulhaus mit Hilfe biometrischer Ausweise kontrollieren. Bezeichnend

für den Sicherheits- und Kontrollwahn, der hier Einzug gehalten hat, ist etwa das Detail, dass den Benutzern des neuen Systems nicht einmal mehr das Recht auf einen individuellen Bildschirmhintergrund zugestanden wird. Da Sicherheit noch vor Nützlichkeit kommt, wurde in einem Schulhaus mit 100 Lehrkräften und 4 öffentlichen Computern der Einsatz privater Laptops zunächst einmal so weit eingeschränkt, dass man von diesen aus zwischen Sommer- und Herbstferien nicht einmal mehr drucken konnte. Wenigstens wurden dann gleich neue Drucker angeschafft, denn Geld spielte ja weiterhin keine Rolle.

Frei von jeder Ironie muss ausdrücklich festgehalten werden, mit welchem Einsatz und mit wie viel Geduld und Nachsicht die Informatiker des Kantons den Lehrpersonen behilflich waren, wenn es darum ging, deren Probleme mit der neuen Informatikumgebung zu beheben. Selbst diverse Sonderwünsche bezüglich Software und Speicherkontingenten wurden diskussionslos erfüllt, auch wenn den Informatikern dadurch viel Zusatzarbeit erwuchs. Bedenkt man jedoch, dass während eines halben Jahres durchschnittlich zwei bis drei Personen fast ausschliesslich mit der Umstellung einer einzigen Schule auf die neue Umgebung beschäftigt waren, so lässt sich erahnen, welche Summe die Umsetzung der Informatikverordnung allein an den fünf Gymnasien verschlingt. Geld kann da ganz einfach keine Rolle spielen.

Lange Gesichter

Die Begeisterung der Lehrkräfte des Pilotgymnasiums über die neue Umgebung ist, gelinde gesagt, nicht unbegrenzt. Die wegfallenden E-Mail-Konten der Schülerinnen und Schüler und die fehlende Möglichkeit der E-Mail-Weiterleitung wurden bereits erwähnt. Sauer stösst aber auch die

Festlegung auf «Outlook» als einzig noch brauchbares Mailprogramm auf. Konnte man früher mit jedem Mailprogramm Klassen, Klassenteams, Arbeitsgruppen usw. anschreiben, so ist dies ab sofort nur noch über das Outlook-Adressbuch möglich. Zwar spielte auch hier Geld keine Rolle, und so bekam wenigstens jede Lehrkraft eine Gratis-Lizenz für Office und somit auch für Outlook zugesprochen, aber die Einschränkung auf ein einziges Mailprogramm stellt dennoch einen ärgerlichen Rückschritt dar.

Versprochen war, dass keine bis dato vorhandene Dienstleistung nicht auch in Zukunft angeboten werden würde. Trotz immensem Arbeitseinsatz wurde dieses Ziel in manchen Bereichen nicht erreicht. Bei so viel Aufwand hätte man sich eigentlich auch erhoffen können, dass das neue Angebot über das bisherige hinaus ausgebaut würde. Wirklich gedient wäre den Lehrerinnen und Lehrern beispielsweise mit einer Integration des Ar-

beitsplatzes zuhause in das Computernetzwerk der Schule. Während hier bei den anderen Kantonsangestellten unter dem Stichwort «Telearbeit» bereits Pionierarbeit geleistet wird, verläuft der Umbau der Informatikumgebungen an den Schulen davon vollständig losgelöst. Das erstaunt wiederum, handelt es sich doch bei den Lehrkräften um die mit Abstand grösste Gruppe der Telearbeiterinnen und Telearbeiter innerhalb des gesamten Staatspersonals. Gut möglich, dass daher in wenigen Jahren, falls Geld dann noch immer keine Rolle spielen sollte, ein weiterer grosser Informatik-Umbau an den Schulen anstehen wird.

Geld spielt noch anderswo keine Rolle

Über alle Schulen der Sekundarstufen I und II hinweg dürfte die Umsetzung der Informatikverordnung mehrere Millionen Franken kosten. Mit diesem Geld wäre der bisherige Informatikbetrieb 20 weitere Jahre aufrechtzuer-

halten gewesen. Dadurch, dass diese Investition mindestens 10 Jahre zu spät kommt, löst sie grossen Ärger bei den Betroffenen aus, wird doch hier eine Globallösung implementiert, die der Individualität der Schulen und deren Lehrerinnen und Lehrern nur sehr bedingt gerecht wird. Gleichzeitig kürzt man auf denselben Schulstufen die Löhne der im Teilpensum angestellten Fachlehrpersonen und erwartet, dass für deren Motivation Geld ebenfalls keine Rolle spielt. Verwundert es jemanden, wenn diese Rechnung nicht aufgeht?

